

# H-FKW-Verbot(e) oder energetische Betrachtung der Kältemittelnutzung?

**Friedrich P. Busch, Director General von EPEE, European Partnership for Energy and the Environment, in einem aktuellen Fachgespräch mit der KK**

Die Notwendigkeit zur Führung eines kompetenten Fachgesprächs über die „H-FKW-Kältemittelsituation“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergibt sich aus der seit Monaten schwelenden Unruhe in Kälte-Klima-Fachkreisen um ein seit zwei Jahren immer wieder in Aussicht gestelltes H-FKW-Verbot zum Zeitpunkt X. Tatsächlich liegt nun seit dem 2. Oktober das schon seit längerem angekündigte „Eckpunktepapier“ zur beabsichtigten Reglementierung der F-Gase (noch ohne Verbotsdaten) vor, und alle hiervon betroffenen „beteiligten Kreisen“ wurden aufgefordert, bis Ende Oktober hierzu Stellung zu nehmen. Danach erst will das Bundesumweltministerium in einzelne Fachgespräche eintreten, die letztmalig am 25. 2. 2000 im Umweltbundesamt in Berlin stattgefunden hatten.

**Redaktion KK:** In der August-Ausgabe der KK wird in einem Kasten auf Seite 12 berichtet „Dänisches H-FKW-Verbot in Kraft getreten“ und dazu über die dänische Verkündung „Damit ist in der Welt

Das Gespräch mit Friedrich P. Busch, General-Direktor von EPEE, führte Peter Weissenborn am 11. September 2002 in Hannover für die KK-Redaktion.



Im Gespräch mit der KK: Friedrich P. Busch, General-Direktor von EPEE, European Partnership for Energy and the Environment

erstmalig ein Verbot von „F-Gasen“ in Kraft getreten, das deren Import, Verkauf und Verwendung in neuen Produkten ab dem 1. 1. 2006 weitestgehend verbietet definitiv aber – dies gilt für Kältemittelmengen ab 10 kg – ab dem 1. 1. 2007.“ Andererseits verweist ein Beitrag in der Oktober-Ausgabe der KK unter dem Titel „Super-ECO Tiefkühlhaus Stadskanaal“ (Seiten 84–96) darauf, wie man durch bestimmte Maßnahmen bei Neubau und Betrieb eines Tiefkühlagers den jährlichen Stromverbrauch einer H-FKW-Kältemittelnutzung gegenüber einem bisher üblichen „Standard-Tiefkühlhaus“ zumindest halbieren („Super-Tiefkühlhaus“) oder sogar auf 35,6 % („Super-ECO-Tiefkühlhaus“ im Tomas Groothandel Stadskanaal, NL) senken kann.

Nun die Frage: Welche Maßnahme ist ökologisch sinnvoller? Der dänische Verbotsweg, der im übrigen nicht machbare

Verbotsanwendungen einfach ausklammert, oder der holländische Weg, der mit ökologischen Anreizen durch die EVUs und die Regierung der Niederlande (Steuerabzug) den definierten Zielen des Kyoto-Protokolls näher kommt? Wie ist hierzu die Position von EPEE?

**Busch:** Tatsächlich trat die dänische Verordnung zum 1. Juli 2002 in Kraft, wobei der Vorgang für EPEE damit noch nicht abgeschlossen ist, wie im übrigen auch noch nicht für die EU-Kommission und diejenigen EU-Mitgliedsstaaten, die Dänemark nach der ersten Notifizierung im März 2001 zu einer Stellungnahme aufgefordert hatten, was zwangsläufig zu einer Verlängerung der „Stillhaltefrist“ führte.

Nachdem es im November 2001 zu einem Regierungswechsel in Kopenhagen gekommen ist, hat EPEE sofort mit dem neuen Umweltminister, Hans-Christian Schmidt, Kontakt aufgenommen, denn seine noch als Abgeordneter im Folketing geäußerten Ansichten zu einem möglichen HFKW-Verbot standen im krassen Widerspruch zu denen seines Amtsvorgängers Svend Auken. Leider ist es nun doch zu diesem nationalen, dänischen Alleingang gekommen. Im übrigen gestattet diese Verordnung eine Vielzahl von Ausnahmen, gerade auch bei Anwendungsbereichen, die stark emittieren – wie mobile Klimaanlage in Autos –, so daß diese Verbotsverordnung schon wieder stark verwässert wird und sogar als fragwürdig erscheinen mag.

Nun zu Ihrer Frage: **Das Kyoto Protokoll spricht nicht von einem Verbot der sogenannten Treibhausgase, sondern von einer Reduzierung der Emissionen.** Wenn ich, wie im Falle Dänemark, ein Verbot für bestimmte Gase ausspreche, schließe ich damit von vornherein mehrere Optionen aus, die in vielen Anwendungsbereichen durchaus energieeffiziente Lösungen darstellen und damit

gleichzeitig den Anteil der indirekten Emissionen reduzieren. Insoweit ist der niederländische Ansatz nicht nur zu begrüßen, sondern hat unsere volle Unterstützung.

**Redaktion KK:** Bitte erklären Sie doch unseren Lesern zunächst einmal, was sich hinter der Organisationsbezeichnung EPEE verbirgt und was deren Aufgaben sind.

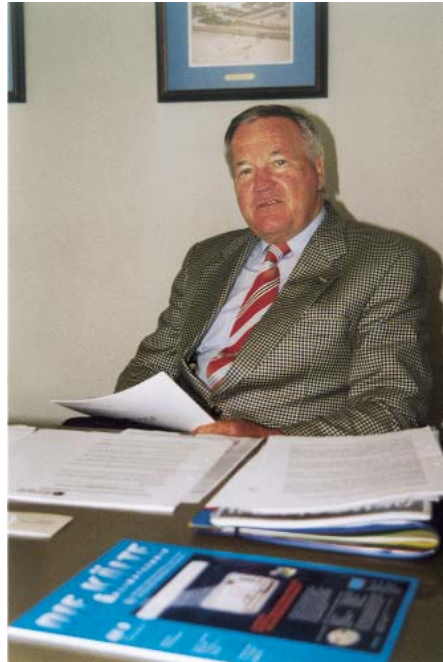
**Busch:** In der Europäischen Partnerschaft für Energie und Umwelt – kurz EPEE – hat sich EU-weit, teilweise darüber hinaus, eine breite Gruppe von Industriebetrieben zusammengefunden, die den Sektor Herstellung von Klimageräten, Wärmepumpen, Kühlgeräten und Kompressoren abdecken. Wir sind seit September 2000 aktiv und damit ein relativ junger Verband. Es gab primär zwei Gründe für diese Initiative:

- Die von mir genannte Kälte-Klima-Unternehmensgruppierung fühlte sich bei der Umsetzung des Montreal-Protokolls nicht hinreichend in der Wahrnehmung ihrer Interessen im politischen Bereich vertreten, gerade auch innerhalb der EU. Als Beispiel sei hier das H-FCKW R 22 genannt, für das es innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten 8 unterschiedliche Verbotsszenarien gab – für eine grenzüberschreitende Planung im Binnenmarkt ein unmöglicher Zustand!
- Die Industrie hatte Milliarden investiert, um die Umstellung von FCKWs über H-FCKWs auf H-FKW's zu forcieren. Der Prozeß war noch in vollem Gange, da gab es aus Dänemark bereits die ersten Anzeichen für ein H-FKW-Verbot.

Damit war endgültig klar, sich organisieren zu müssen. In der relativ kurzen Zeit unseres Bestehens haben wir uns durch erfolgreiches Agieren in der Kommission, im Europäischen Parlament – aber auch in einigen Mitgliedsstaaten – eine starke Position erkämpft, die als positive Folge zu einer Erweiterung unserer Mitgliederzusammensetzung über den originären Sektor hinaus führte. Einige Hersteller von Kältemitteln sind selbst Verbandsmitglieder geworden, wie auch einige nationale/internationale Verbände. Letztere eher zurückhaltend, dafür mag es zwei Gründe geben: Zum einen hat man noch nicht das von Brüssel ausgehende Europäische Momentum erkannt und zum anderen fürchtet man – völlig zu Unrecht – Liebgewonnenes eventuell teilen zu müssen.

Zurück zu EPEE's Aufgaben, die sich kurz in einem Satz zusammenfassen lassen: **Zur Entwicklung einer effektiven**

**europäischen Politik beizutragen, die als oberstes Ziel eine Begrenzung der Treibhausgasemissionen, die aus dem Gebrauch von Kältemitteln erwachsen, vorsieht.**



*Friedrich P. Busch faßt die Aufgabenstellung von EPEE zusammen: „Zur Entwicklung einer effektiven europäischen Politik beizutragen, die als oberstes Ziel eine Begrenzung der Treibhausgasemissionen, die aus dem Gebrauch von Kältemitteln erwachsen, vorsieht“*

**Redaktion KK:** Halbe Insider oder bestimmte Öko-Gruppierungen werfen nun EPEE vor, nur eine reine Industrielobby zu sein, deren Ziel es ist, die H-FKW's in möglichst vielen Anwendungen (nicht nur in der Kälte-Klimatechnik) zu retten. Wie entgegnen Sie diesem Vorwurf?

**Busch:** In Brüssel gibt es 60 NGO's, das sind Organisationen ohne Regierungscharakter, die eine aktive Lobbyarbeit allein im Umweltbereich durchführen. Bisher haben leider noch nicht alle Industrieverbände erkannt, daß man in einem sehr frühen Stadium in den politischen Prozeß einsteigen muß, wenn man seine Interessen bei der Festlegung der Richtlinien/Verordnungen durchsetzen will.

Die Umweltgruppen sind teilweise extrem effektiv, sie kombinieren Fachwissen mit cleverer Öffentlichkeitsarbeit, haben wenig bürokratische Hemmnisse und können deshalb schnell auf Einzelereignisse reagieren: Sie können auf ein gutes EU-

weites Netzwerk zurückgreifen! Im Gegensatz dazu stehen die Industrieverbände oft im Wettbewerb zueinander und begegnen sich auf dem kleinsten, gemeinsamen Nenner.

Natürlich ist EPEE vorrangig ein europäischer Industrieverband und den Vorwurf, H-FKW's möglichst in allen Anwendungsbereichen retten zu wollen, mußten wir uns auch zu Beginn unserer Aktivitäten des öfteren gefallen lassen.

Völlig zu unrecht, wie man schnell erkannt hat. In unserem offiziellen „Policy Statement“ sagen wir eindeutig und unmißverständlich, daß H-FKW's, Kohlenwasserstoffe – vielleicht sollte man zum besseren Verständnis zukünftig von Propan und Isobutan sprechen –, Ammoniak, Wasser und Kohlendioxid alles sinnvolle Kältemittel sind, abhängig vom jeweiligen Einsatzbereich und den operationellen Erfordernissen.

Die Emissionen von Treibhausgasen im Einsatz als Kältemittel müssen minimiert werden, darüber sind wir uns einig, dabei ist aber der volle Einsatzzyklus LCCP (life cycle climate performance) bei der Wahl des bestmöglichen Kältemittels zu betrachten. Zusätzlich müssen in diesem Auswahlprozeß alle Besonderheiten der gesamten Angebotspalette berücksichtigt werden.

Bei unserem Ansatz dürfen nicht nur die durch das Kältemittel erzeugten direkten Emissionen betrachtet werden – die erfahrungsgemäß ca. 15 % betragen –, sondern viel mehr die indirekten Emissionen durch den Elektrizitäts(Energie)bedarf zum Betreiben der jeweiligen Anlagen. Dieser liegt im Durchschnitt bei 85 %, in einigen Anwendungen bei 96 %!

**Redaktion KK:** Lassen Sie uns nun auf den Ausgangspunkt aller gegenwärtigen ökologischen Betrachtung einmal einen Blick werfen. Die H-FKW-Stoffe wurden zwar in den Emittenten-Korb als eines der das globale Klima schädigenden Gase geworfen, tatsächlich spricht aber das Kyoto-Protokoll – weil realbezogen – ausschließlich von einer Reduktion der die Umwelt schädigenden Gase, – an keiner Stelle ist jedoch von einem Verwendungsverbot die Rede. Dabei haben die H-FKW's, wenn sie denn überhaupt emittieren, sogar bei einer inflationären Zunahme ihrer Produktionsmengen bis ins Jahr 2050 hinein, und das besagen seriöse Hochrechnungen, niemals einen größeren Emissionsanteil als 3 % der gesamten treibhausrelevanten Gase. Was sagt EPEE dazu und welches ist die offizielle Position des European Climate Change Programme (ECCP) des Europäischen Rates und der

Kommission, in dem ja auch Deutschland eingebunden ist?

**Busch:** Sie sprechen von seriösen Hochrechnungen, dabei implizieren Sie, daß es auch weniger seriöse Rechnungen gibt. Diese Tatsache haben wir gerade beobachten können und haben darauf reagiert. CAN, dieses Kürzel steht für Climate Action Network Europe, mußte seine Berechnungen daraufhin korrigieren!

Jeder weiß, wem wir es zu danken haben, daß H-FKW in den Kyoto-Korb gekommen sind. Den selben Leuten geht es gar nicht um eine Reduzierung der Emissionen, sondern um ein Verbot! Sie nehmen dabei in Kauf, daß man flächendeckend Alternativen einführt, die ein hohes Gefährdungspotential für unsere Bevölkerung darstellen und deren Bedarf an Energie zum Betrieb die indirekten Emissionen möglicherweise erhöhen.

Wir haben von Beginn an in der Unterarbeitsgruppe 5 des Europäischen Klimaschutzprogramms – die sich mit der F-Gas-Problematik befaßte – aktiv mitgearbeitet und der beschrittene Weg, durch geeignete Maßnahmen wie Dichtigkeitskontrolle, Mengenkontrolle, Logbuchführung, bessere Techniker Ausbildung etc. die Emissionen zu reduzieren, ist sinnvoll und erfolgversprechend.

**Redaktion KK:** Wie kommt es nun, daß sich einige europäische Staaten in Abwendung von den ursprünglichen Zielen des Kyoto-Protokolls auf die H-FKW-Verbotsschiene begeben. Indem man das erfolgreich bewährte Montrealprotokoll (FKW-phaseout) mit dem Kyoto-Protokoll (Reduktion der das Treibhausklima schädigender Gase) als gemeinsame europäische H-FKW-Verbotsgrundlage miteinander verknüpfen will, ehe man überhaupt seine Schularbeiten bei der EU-Verordnung 2037/00 (Artikel 16 und 17!!) beendet hat. Welchen Einfluß nimmt Deutschland darauf hinter den Kulissen ihrer Kenntnis nach?

**Busch:** Es sind noch nicht „einige europäische Staaten“, lediglich Dänemark „in splendid isolation“ und wie ich bereits sagte, ist auch diese Akte noch nicht geschlossen. Wir haben es mit einem globalen Problem zu tun und sollten zumindest für unseren Bereich eine EU-weite Lösung anstreben. Nationale Alleingänge sind daher abzulehnen!

EPEE ist gegen eine Verknüpfung von „Montreal“ und „Kyoto“ aus einem einfachen



*Friedrich P. Busch spricht sich für alle EPEE-Mitglieder gegen eine Verknüpfung von „Montreal“ und „Kyoto“ aus: „Hierfür gibt es einen einfachen Grund. Montreal spricht von Verboten bestimmter Stoffe, Kyoto von einer Reduzierung von Emissionen“*

Grund: **Montreal spricht von Verboten bestimmter Stoffe, Kyoto von einer Reduzierung von Emissionen!** Eine Verknüpfung könnte eine präjudizierende Wirkung haben. Dies schließt nicht aus, daß Teile aus der 2037/2000 für eine eigenständige Kyoto Regelung/Verordnung durchaus übernommen werden könnten.

Die deutsche Position ist mir nicht bekannt, denn bei den Besprechungen in Brüssel, an denen ich teilnahm, hat sich der nationale deutsche Vertreter des BMU eher zurückhaltend gezeigt. Andere Länder wie Italien, Frankreich oder auch England sind da sehr viel klarer in ihren Aussagen.

Vielleicht noch **ein Wort zur 2037/2000: Nach Auskunft der Kommission sind bisher nur 3 der 15 Mitgliedstaaten den Verpflichtungen aus dieser Verordnung nachgekommen.** Diese Zahl ist nicht gerade ermutigend.

**Redaktion KK:** Wodurch konnten Sie denn nun die österreichische Regierung überzeugen, daß es vorläufig doch besser sei, das schon national beschlossenen H-FKW-Verbot auszusetzen und eine europäische Gesamtlösung abzuwarten? Und, muß sich Dänemark für seine eigentlich doch unehrlichen Verbotsmaßnahmen nicht schämen, wenn doch Fakt ist, daß dieses Mitgliedsland die größte CO<sub>2</sub>-Dreckschleuder mit seinen Kohlekraft-

werken innerhalb der Europäischen Union darstellt?

**Busch:** Wir haben in der Tat in Wien selbst, aber auch im Vorfeld in Brüssel und in einigen Mitgliedstaaten gute Arbeit geleistet. Nachdem Österreich am 24. 1. 2002 seinen Verordnungsentwurf in Brüssel bei der Kommission notifiziert hatte, hat EPEE eine rechtliche Bewertung vorgenommen und das Ergebnis an die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten gesandt. Daraufhin haben 5 Mitgliedstaaten und auch die Kommission Österreich formal zu einer Stellungnahme aufgefordert, 3 weitere zu einer neutralen Bewertung. Österreich hat – übrigens im Gegensatz zu Dänemark – reagiert und seine Verordnung im Sinne der Vorwürfe modifiziert. EPEE hat daraufhin mit dem österreichischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium Ende Juli ein sogenanntes Expertengespräch durchgeführt, das zu sehr positiven Ergebnissen führte.

Mit Ihrer Einlassung zu Dänemark bringen Sie mich etwas in Schwierigkeiten. Ich habe von 1993–98 in diesem Land gelebt und es gibt auch vieles Positives zu berichten. Aber Sie haben recht: Krieg ist Krieg! Im übrigen gibt es in Dänemark einen brandneuen Bericht über die Kosten bei einer Konversion von H-FKW zu natürlichen Gasen. Die dort genannten Zahlen sind ernüchternd und bewegen so manch einen euphorisch gestimmten Politiker zum Nachdenken. Allein für 18 Maßnahmen, die bereits vor Inkrafttreten des generellen F-Gas-Verbotes zum 1. 1. 2006 greifen sollen, sind 110 Mio. DKK erforderlich, dabei sind für die meisten Implementierungen noch keine qualifizierten Schätzungen verfügbar. Für die gesamte Konversion des Kältemittelsektors werden weit über 300 Mio. DKK und 300 000 Arbeitsstunden als notwendig erachtet. Die von der dänischen Regierung eingesetzte Task Force fühlt sich schon jetzt überfordert und möchte die weitere Aktionsplanung an den betroffenen Industriesektor weitergeben. **Wer letztlich für die Kosten aufkommt, bleibt vorerst offen.**

**Redaktion KK:** Sorry, Herr Busch, jetzt haben wir Sie mit allen unseren Fragen vornehmlich mit dem Problem eines möglicherweise beabsichtigten europäischen H-FKW-Verbots festgenagelt. Es geht doch aber um viel mehr im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung. Darin muß man doch alle als Kältemittel geeigneten Stoffe einbeziehen und einen tiefe-



ren Blick auf die Folgen ihrer thermodynamischen und hiermit im Zusammenhang stehenden energetischen Nutzung werfen. Wie ist hierzu die Auffassung von EPEE, was kann man tun, was gilt es zu erreichen?

**Busch:** EPEE's Philosophie basiert auf dem „Verantwortungsvollen Umgang“ mit Kältemitteln. Dies setzt eine professionelle Ausbildung aber auch eine einsichtige Erziehung voraus. Unser schriftlicher Beitrag zum Europäischen Klimaschutzprogramm ist Teil eines Abschlußberichts der Unter-Arbeitsgruppe 5 geworden und findet sicherlich auch Berücksichtigung in einer zukünftigen F-Gas-Verordnung. Eine ähnliche Stellungnahme haben wir an die UNFCCC, die United Nations Framework Convention on Climate Change, abgegeben. EPEE ist ebenfalls – das nur nebenbei – bei den Vereinten Nationen als NGO (Non Governmental Organisation) akkreditiert.



EPEE bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Kältemitteln. Es gilt aber auch diese Warnung von Friedrich P. Busch: „Mit Ausnahme von FCKW und H-FCKW, die gemäß Montreal Abkommen und EU-Verordnung 2037/2000 vom 29. 6. 2000 verboten sind, müssen **alle** Kältemittel nach entsprechenden Kriterien gleichermaßen gleichrangig betrachtet werden“

Nun zu der Frage, was kann man tun, was gibt es zu erreichen? Hierzu folgende Antwort: Man kann das Kältemittel nicht für sich allein betrachten, sondern das Gesamtsystem. Hierzu ist es erforderlich, daß alle „Akteure“, die während des Lebenszyklus eines Systems direkt davon be-

### Was steckt dahinter?

#### EPEE European Partnership for Energy and the Environment

Sekretariat: 118 Avenue de Cortenbergh, B-1000 Brüssel

E-Mail: secretariat@epeeglobal.org; <http://www.epeeglobal.org>

#### Vollmitglieder:

Dänemark:	Danfoss	Frankreich:	Elco-Europe
Deutschland:	Bitzer		Carrier
	Copeland		Tecumseh
	Solvay		Atofina
Niederlande:	Trane	Schweiz:	DuPont
	Honeywell		
Belgien:	General Electric	Italien:	RC-Group
	Daikin		Embraco
			Clivet
England:	Harp Int.	USA:	Lennox
	Airdale		Rheem
	York,		Morrison
	Mitsubishi		

#### Verbände:

AREA (Europa)  
 AFCE (Frankreich)  
 EUROVENT-CECOMAF (Europa)  
 ASERCOM (Europa)  
 ACRIB (Großbritannien)  
 EFCTC (Europa)

#### Assoziiert:

ARI (USA)  
 AHAM (USA)  
 ARAP (USA)  
 AICARR (Italien)  
 ANIMA (Italien)

troffen sind, in den Prozeß eingebunden sind, das heißt Produzenten, Hersteller der Geräte, Architekten, Spezialisten und Entwicklungsingenieure im weitesten Sinne, Kälteanlagenbauer, Wartungspersonal, Entsorger **und vor allem auch die Verbraucher!** Unser Ansatz basiert auf folgenden Maßnahmen:

- Mit Ausnahme von FCKW und H-FCKW, die gemäß Montreal Abkommen und EU-Verordnung 2037/2000 vom 29. 6. 2000 verboten sind, müssen **alle** Kältemittel nach entsprechenden Kriterien gleichermaßen gleichrangig betrachtet werden.
- Die Hersteller müssen angehalten werden, die unter umweltfreundlichen Gesichtspunkten optimalen Lösungen für Klimageräte, Wärmepumpen und Kühlsysteme zu entwickeln.
- Installation erfordert dokumentierte Dichtigkeitsüberprüfungen, praktikable Lösungen für Wiederverwendung und Rückgewinnung sind anzustreben.
- Dem Verbraucher muß ein „grüner Markt“ für Energie effiziente Produkte schmackhaft gemacht werden.
- Eine dokumentierte Wartung während des gesamten Lebens-/Einsatz-Zyklus soll Auskunft über den Energieverbrauch geben.

- Eigenverantwortung, unterstützt durch Verordnungen wie z. B. STEK in den Niederlanden.
- Ein EU-weiter Regelungsansatz muß gefunden werden.

Ziel muß es sein, die indirekten Emissionen von CO<sub>2</sub> zu reduzieren, das bedeutet Optimierung der Energieeffizienz. Weiterhin die direkten Emissionen durch besseres Design, Installation, Wartung und Entsorgung zu reduzieren.

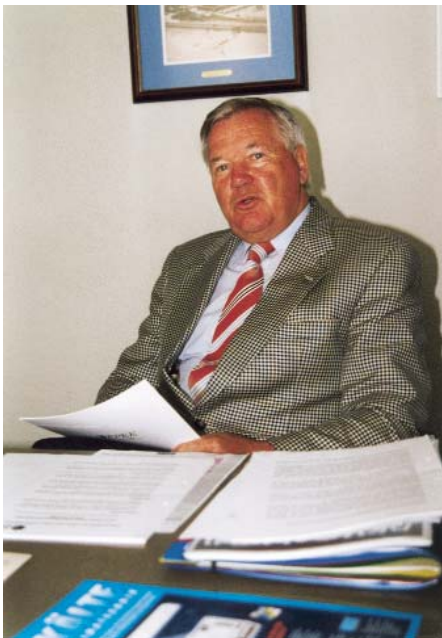
**Redaktion KK:** Nun kommt das ja schon einer Art Kärnerarbeit gleich, um den möglicherweise auf den falschen nationalen und/oder EU-Weg geratenen Karren aus dem Umwelt-Dickicht herauszu-



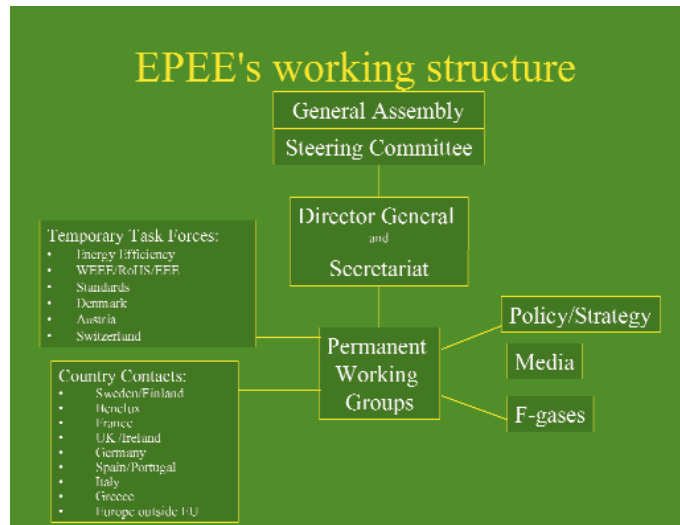
ziehen und wieder in eine auch technisch rationale Spur zu setzen. Schließlich gilt es doch, bestimmten umweltpolitischen Richtungen klar zu machen, daß sich der Stand der Technik nicht durch Verbotsandrohungen bestimmen läßt. Wenn wir von Kärnerarbeit sprechen, dann kostet

diese entgegen einer früheren Tagelöhner-Arbeit richtig viel Geld. Wer unterstützt sie hierin in Europa – und wer hier in Deutschland? Auf Ihre Antwort sind wir gespannt.

**Busch:** EPEE ist nicht strukturiert wie ein originärer Industrie-Verband. Unsere Stärke liegt in der direkten Einbindung unserer Mitglieder in den Entscheidungsfindungsprozeß. Kurze Wege ermöglichen schnelle Entscheidungen und Problemlösungen. Unser höchstes Gremium ist die Generalversammlung, die das Board wählt, das sind 9–12 Generaldirektoren/Präsidenten unserer Mitgliederbetriebe, die sich dreimal im Jahr treffen – meistens in Brüssel – und die Richtlinien vorgeben. EPEE's „think tank“ sind drei permanente Arbeitsgruppen, Strategie – Medienpolitik – F-Gas-Verordnungen aus dem gehobenen Management unserer Mitgliedsfirmen, die im Schnitt 3–4 mal im Jahr zusammenkommen. Für spezielle Problembereiche – wie Dänemark und Österreich – bilden wir aus dem Nukleus der drei ständigen Arbeitsgruppen sogenannte „temporäre Task Forces“. Unsere Mitglieder finanzieren EPEE durch ihre Beiträge, wobei ich die zusätzliche Bereit-



Friedrich P. Busch zur Arbeitseffizienz des Verbandes: „EPEE ist nicht strukturiert wie ein originärer Industrie-Verband. Unsere Stärke liegt in der direkten Einbindung unserer Mitglieder in den Entscheidungsfindungsprozeß. Kurze Wege ermöglichen schnelle Entscheidungen und Problemlösungen“



Organigramm zu EPEE's Arbeitsstrukturen

stellung ihres teilweise hochqualifizierten Schlüsselpersonals für die Bewältigung unserer Arbeiten nicht hoch genug werten kann. Wir haben Mitglieder in fast allen EU-Mitgliedsstaaten, leider haben sich auch einige, deren Interessen wir mitvertreten, bisher verweigert, Mitglied bei uns zu werden.

**Redaktion KK:** Den Namen Busch kennt man momentan hier in Deutschland eher ohne den Buchstaben „c“, und derartige namentliche Erwähnung steht im Zusammenhang mit dem Ergreifen von Umweltschutzvorsorge eher in einem unvorteilhaften Licht. Bei Ihnen, Herr Busch, scheint dies anders zu sein, jedoch fast niemand in der deutschen Kälte-Klima-Branche scheint Sie zu kennen. Wenn Sie mögen, und wenn diese Frage erlaubt sei, dann würde unsere Leser sicher auch interessieren, was Ihr persönlicher background ist, ehe Sie zur Übernahme Ihrer heutigen Position im EPEE für die Anliegen der deutschen und europäischen Kälte-Klima-Branche gebeten wurden?

**Busch:** Ihr Magazin wird ja in erster Linie von Fachleuten und Experten der Kälte- und Klimatechnik gelesen. Wenn ich Ihnen meinen persönlichen Werdegang schildere, könnte manch ein Leser die Neigung verspüren, meine Kompetenz in Zweifel zu ziehen. Wie ich Ihnen aber bereits sagte, kommt die notwendige Fachkompetenz nicht in erster Linie von mir, sondern von unseren Mitgliedern.

Ich selbst war 40 Jahre bei der Luftwaffe, flog die unterschiedlichsten Waffensysteme, wie Phantom und Tornado, war in unterschiedlichen Führungsverwendungen in nationalen und NATO-Kommandobehörden tätig und bin vor knapp 4 Jahren als General pensioniert worden.

Für die Position als Generaldirektor eines internationalen Industrieverbands, der weniger fachspezifisch ausgerichtet ist, dafür mehr im politischen und Medienbereich wirken soll, bringe ich alle Voraussetzungen mit.

Ein notwendiges Grundwissen unserer Thematik kann man erlernen. Wichtiger ist aus meiner Sicht die richtige Einordnung der Problemstellung in die Gesamtschau eines internationalen Umfelds, die Zusammenhänge und Abhängigkeiten im Dschungel Brüssels mit seinen überdimensionierten Direktoraten aus 15 Mitgliedsstaaten mit 11 offiziellen Amtssprachen – ich mag gar nicht an die Jahre nach 2004 denken. Zusätzlich: die politische Durchsetzbarkeit und Machbarkeit zu bewerten, Wesentliches zu erkennen und priorisieren, aufkommende Gefahrenmomente zu erahnen, schlicht gesagt: Leadership zu praktizieren. EPEE's Erfolge zeigen, daß uns das bisher gut gelungen ist. **Aus meiner bisherigen Erfahrung kann ich nur den gutgemeinten Rat weitergeben, sich in Brüssel ein festes Standbein zu schaffen!**

**Redaktion KK:** Herr Busch, die KK-Redaktion dankt Ihnen für dieses Gespräch und hofft, daß Inhalte hieraus auch einen Nachhall finden bei der Erörterung von Themen, die zum gegenwärtigen und zukünftigen Stand der (Kälte-Klima)Technik während der bevorstehenden Deutschen Kälte-Klima-Tagung des DKV, die vom 20.–22. November 2002 in Magdeburg stattfindet, auf der Tagesordnung stehen. Ihnen persönlich viel Erfolg bei der Aufgabenwahrnehmung, hierzu die nötigen Finanzmittel, oder auch in umgekehrter Reihenfolge. □